

Dienstag (Nachmittag), 7. Dezember 2021 / Mardi après-midi, 7 décembre 2021

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

41 2021.RRGR.287 Motion 187-2021 Kullmann (Thun, EDU)
100 Prozent Freiwilligkeit und Eigenverantwortung bei der COVID-Impfung

41 2021.RRGR.287 Motion 187-2021 Kullmann (Thun, UDF)
Totale liberté et responsabilité personnelle quant à la vaccination contre le COVID-19

Vizepräsident. Der Regierungsrat verlangt Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Es ist eine freie Debatte. Grossrat Kullmann hat das Wort. *(Der Name des Sprechers wird auf der Saalanlage nicht angezeigt. / Le nom de l'intervenant n'est pas affiché sur l'écran de la salle.)* Du bist wohl noch nicht angemeldet.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Motionär, Fraktionssprecher. Sorry. Ich glaube aber, dass das Mikrofon trotzdem schon eingeschaltet ist. Ich spreche wiederum als Motionär und Fraktionssprecher. Wie wir sicher alle bemerkt haben, ist das Thema sehr emotional, und ich werde in diesem Votum auch etwas persönlicher. Ich wusste, dass ich Haue bekomme werde, und ich wusste auch, von wem am meisten. Aber nun gut.

(Grossrat Kullmann hält ein Dokument in die Höhe. / Le député Kullmann brandit un document.) Ich habe hier nicht eine gelbe Karte aus meiner Zeit als Schiedsrichter, sondern meinen Impfpass oder mein Impfkärtchen. Und ja, ich bin gegen Hepatitis, Masern, Mumps, Röteln, Polio, Gelbfieber etc. geimpft, wie man diesem entnehmen kann. Ich habe mich aber nicht gegen Covid-19 impfen lassen. Das habe ich auch in Zukunft nicht vor. Aber ich möchte Ihnen erklären, warum nicht. Denn ich glaube, es gibt viele andere Personen in diesem Kanton, die auch so denken.

Ich habe kein Vertrauen in die meisten Hersteller von Covid-Impfungen. Pfizer wurde wegen organisiertem Verbrechen zu gerichtlichen Strafzahlungen in Milliardenhöhe verurteilt. Johnson und Johnson hat beispielsweise Babypuder mit Asbest versetzt und während Jahrzehnten weiterhin verkauft, obwohl sie davon wussten. Sie wollen sich nun mit juristischen Tricks gegen Schadenersatzforderungen wehren. Sie sind mitverantwortlich für die verheerende Opioidepidemie in den USA, die hunderttausende von Personen das Leben gekostet hat. Es sind ganz unschöne Sachen. Man achtet auf Fairtrade und dergleichen, aber hier ist es plötzlich kein Thema mehr. Das British Medical Journal hat berichtet, dass bei den Impfungzulassungstests auch nicht alles sauber lief. Die Hersteller übernehmen keine Haftung und wollen die Covid-Impfstoffdaten erst im Jahr 2076 herausrücken, also in 55 Jahren. Ja, das sind einfach Dinge, die mein Vertrauen nicht stärken.

Hinzu kommt, Punkt 2, dass ich wusste, dass ich ein sehr tiefes Covid-Risiko habe. Ich bin mir bewusst, dass das nicht bei allen der Fall ist. Das ist völlig klar. Deshalb muss man unbedingt differenzieren. Aber es gibt auch junge Leute in diesem Kanton. Es gibt junge Leute, die die Verschärfung des Covid-19-Gesetzes aus gutem Grund mehrheitlich abgelehnt haben. Ich liess von der University of Oxford mein Risiko für eine Hospitalisierung wegen Covid berechnen. Es lag bei 0,0214 Prozent, das eines Covid-Todesfalls bei 0,0007 Prozent. Das Risiko einer Myocarditis, einer Herzmuskelentzündung, dürfte für mich höher sein, vor allem, wenn es eine Impfung mit dem Moderna-Impfstoff gewesen wäre, der jetzt glücklicherweise für die Jungen zurückgezogen wurde oder nicht mehr empfohlen wird. Dazu kommen weitere mögliche Risiken wie starke Impfreaktionen, mögliche Impfschäden und auch mögliche Langzeitfolgen, die man nicht vollständig ausschliessen kann. Solche später auftretenden Langzeitschäden musste man leider auch bei der Schweinegrippeimpfung feststellen.

Jedenfalls kam ich zum Schluss, dass in meinem Fall einfach ein schlechtes Risiko-Nutzen-Verhältnis bestand. Ich glaube, es gibt noch andere Leute, die das – je gesünder und jünger sie sind – auch so sehen. Mir macht zudem die Abhängigkeit von den Boostern Sorgen. Vielleicht braucht es zwei Booster pro Jahr. Es gibt eine umfassende Studie aus Schweden, die kürzlich im Lancet publiziert wurde und die aufgezeigt hat, dass der Impfschutz bereits nach drei bis vier Monaten beginnt abzunehmen. Ich habe keine Lust auf dieses Impfabo. Es ist eben auch ein Punkt, dass die natürliche Immunität sehr gut ist, wenn man Covid durchgemacht hat. Das hat auch die israelische Studie gezeigt, die ich in meinem Vorstoss zitiere.

Weiter stellt sich natürlich die Frage der Solidarität. Ist die Pandemie nicht vorbei, wenn wir uns alle impfen lassen? Die Daten weisen nicht darauf hin. Wenn man sich Gibraltar und Portugal anschaut, Orte mit extrem hoher Impfquote, sieht man, dass sie auch sehr hohe Fallzahlen haben können. Es hilft natürlich bei der Verhinderung von schweren Fällen. Auch das streite ich wiederum überhaupt nicht ab, in keiner Art und Weise. Aber das Virus geht deshalb nicht vorbei und wir müssen lernen, mit der Präsenz dieses Virus zu leben.

Ich bin mir bewusst, dass anekdotische Evidenz natürlich nicht den wissenschaftlichen Kriterien entspricht. Aber das persönliche Leben ist das, was die Leute in ihrem Umfeld erleben. So war es auch bei mir. Ich wohne in einer Männer-WG. Wir sind zu dritt. Der eine WG-Kollege, jung, sportlich, liess sich im Sommer zum zweiten Mal impfen. Es ging ihm recht schlecht und er meinte, er sei in seinem Leben noch nie so krank gewesen. Er hatte extrem hohes Fieber, wirklich elend. Ich und mein anderer WG-Kollege liessen uns nicht impfen und haben es vor drei Wochen nun unabhängig voneinander durchgemacht, und uns ging es besser. Auch diese Erfahrung gibt es einfach, und das ist bei jungen Leuten gar nicht einmal so selten, bei Teenagern erst recht. Natürlich kann es bei ihnen schwere Verläufe geben. Aber deshalb braucht es diese Freiwilligkeit, damit jeder wirklich selbst entscheiden kann.

Nun, wie ist es mit ausgelasteten Spitälern? Darüber haben wir auch schon ein bisschen diskutiert. (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) Hervé Gullotti hat mir gesagt, ich könne sieben oder acht Minuten sprechen, weil ich auch noch als Fraktionssprecher spreche. – Wir haben alle diese Zeitungsartikel gesehen, auch wegen des Inselspitals und so. Es waren 27 oder 28 Plätze auf der IPS belegt, aber nur 4 mit Covid. Ich finde es problematisch, wenn man jetzt alle Ungeimpften zum Sündenbock machen will.

Es bleibt mir ein kurzer Abschnitt. Danke, wenn Sie mir Zeit dafür geben. Die EDU-Fraktion spricht sich ganz klar für 100 Prozent Freiwilligkeit und Eigenverantwortung aus, was den Entscheid zur Covid-Impfung anbelangt. Die wichtige Eigenverantwortung spricht man auch Menschen zu, die ihre Gesundheit zum Beispiel durch eine schlechte Ernährung oder Rauchen fahrlässig gefährden und das Gesundheitswesen dadurch beanspruchen. Hier darf kein Unterschied gemacht werden.

Der Regierungsrat soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass niemand einen Nachteil erleidet, der auf die Covid-Impfung verzichtet. Wir stellen jedoch fest, dass verschiedene Massnahmen unserer Regierung Covid-ungeimpfte Menschen in unserem Land unnötigerweise in die Enge treiben und unter Druck setzen. Das finden wir ganz und gar falsch. Wir bestreiten deshalb ganz klar die Abschreibung der Motion, und ich bitte Sie, dies auch zu tun. Wo es Risiken gibt, braucht es Wahlfreiheit. Là, où il y a des risques, il faut une liberté de choix.

Vizepräsident. Bitte sagen Sie jeweils gleich am Anfang, wenn Sie für die Fraktion sprechen, damit wir wissen, wieviel Zeit Ihnen zusteht. (*Grossrat Kullmann wendet sich an den Vizepräsidenten. / Le député Kullmann s'adresse au vice-président.*) Gut, vielleicht habe ich es nicht gehört.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Motion verlangt nicht die Impfpflicht, sondern dass niemand einen Nachteil haben darf, wenn er keine Covid-Impfung macht. Die Regierung war bisher sehr zurückhaltend und gab oft nur Empfehlungen ab. Die Antwort vom 3. November mit Annahme und Abschreibung ist daher nachvollziehbar. Wegen der Entwicklung der letzten Wochen mit stark steigenden Fallzahlen ist der Entscheid der Regierung meiner Meinung nach aber überholt. Denn konkret heisst das, dass sich die Regierung dafür einsetzen müsste, dass eine 2G-Regelung nicht ausgesprochen werden darf. Das wäre aus heutiger Sicht nicht ange-

bracht. Die Fraktion der Mitte lehnt diese Motion deshalb geschlossen ab. Bei einer Annahme schreiben wir sie selbstverständlich ab.

Und nun, Kolleginnen und Kollegen und vielleicht auch Kollege Kullmann, spreche ich aus der Praxis. Ich bin Geschäftsführer des Frienisbergs. Ich sehe mich in der Verantwortung für 260 Bewohnende und 350 Mitarbeitende. Tagein, tagaus muss ich für 600 Menschen abwägen, was Lebensqualität und was Sicherheit ist. Zu Beginn der Pandemie war es sehr schwierig. Im Jahr 2019 brauchten wir 500 Masken pro Jahr. Von einem Monat auf den anderen waren es 10'000 Masken. Ich ging manchmal am Abend nach Hause und wusste nicht, ob ich die Menschen am nächsten Tag schützen kann.

Heute haben wir alle Möglichkeiten. Ich habe genügend Schutzmaterial und Masken, und wir haben die Impfung. Im Frühling haben wir selber 940 Impfungen gemacht. Letzte Woche haben wir allen Bewohnenden einen Booster verabreicht, diese Woche verabreichen wir Nachimpfungen für alle Mitarbeitenden, die das wünschen. Dies vor Ort und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SP, während der Arbeitszeit. Wer bisher nicht bereit für die Impfung war, darf bei mir regelmässig testen. Es ist weiterhin sehr anspruchsvoll, aber alle machen mit. Was ich gelernt habe ist: In der Krise ist Glaubwürdigkeit das Wichtigste. Die Menschen wollen Klarheit. Deshalb sind meiner Meinung nach solche Vorstösse unnötig und völlig unangebracht.

Margret von Bergen, Uetendorf (EVP), Fraktionssprecherin. Die aktuelle Pandemiesituation bringt für uns alle einengende Massnahmen, egal, ob wir geimpft sind, ob wir ungeimpft sind, ob wir genesen oder getestet sind. Mit der 3G-Regel hat man einen Weg gefunden, um möglichst zurückhaltend Einschränkungen und Benachteiligungen vollziehen zu können. Jedes G hat spezielle Vor- und Nachteile. Wir sind aufgefordert, alles zu tun, was wir im Moment können, um diesen Virus einzudämmen. Aus diesem Grund ist auch wichtig, dass wir im Rathaus alles machen, das möglich ist, um Ansteckungen zu vermeiden. Die EVP-Fraktion lässt sich zum Beispiel, ob geimpft, ungeimpft oder genesen, zweimal pro Woche zusätzlich testen. Damit leisten wir unseren Beitrag zur Reduktion der Ausbreitung im Parlament.

Die Forderungen der vorliegenden Motion, dass niemand einen Nachteil erleiden soll, der auf eine Covid-Impfung verzichtet, ist im wörtlichen Sinne nicht umsetzbar, geschweige denn erfüllbar. Die Aufgabe des Regierungsrates ist nämlich nicht, Personen zu schützen, die auf eine Impfung verzichten, sondern die Aufgabe ist, Massnahmen zu ergreifen, um die Menschen vor dieser gefährlichen Covid-Erkrankung zu schützen und damit auch die Verantwortung zu tragen, dass unser Gesundheitswesen nicht kollabiert. Dies auch zum Schutz all jener, die seit Beginn der Pandemie tagtäglich an vorderster Front arbeiten. Wir kennen die jüngsten Berichte. Sie sind wieder alarmierend. Die EVP lehnt diese Motion ab. Wir sind ganz klar der Meinung, dass in einer solch ausserordentlichen Pandemie, wie derjenigen, in der wir uns befinden, das Eigeninteresse keinen Platz hat und wir als Politiker eine kollektive Verantwortung wahrnehmen müssen. In dieser Motion geht es um eine Freiheitsforderung, die die persönlichen Befindlichkeiten und Einzelinteressen in den Vordergrund stellt. Es ist eine Freiheit, die vom Ich und nicht vom Wir ausgeht. In der jüngsten Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Eigenverantwortung nicht ausreicht. Wenn es keine klaren Regeln mit Konsequenzen und Kontrollen gibt, lässt unsere Eigenverantwortung sehr schnell nach. Verantwortungsvolles Handeln und Denken ist gefragt, nicht Eigennutz. Als Politiker sind wir aufgefordert, wirksame Lösungen und Wege zu finden, die über unseren eigenen Befindlichkeiten stehen. Wir werden diese Motion ablehnen.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Die Motion will den Regierungsrat beauftragen, sich dafür einzusetzen, ich zitiere: «dass im Kanton Bern niemand einen Nachteil erleidet, der oder die auf eine Covid-Impfung verzichtet». Die Motion verlangt damit eine objektiv unmöglich zu erfüllende Forderungen. Trotzdem beantragt der Regierungsrat Annahme. Das scheint mir etwas mutlos zu sein und zeugt vom Bestreben, es allen recht zu machen. Die regierungsrätliche Antwort datiert allerdings bereits von Oktober und erfolgte noch vor der fünften Welle.

Fakt ist, dass der Regierungsrat der Bevölkerung hochwirksame Impfungen gegen Covid-19 zur Verfügung stellt, und er macht das besser als in anderen Kantonen. Mit diesen Impfungen kann

man, wie wir alle wissen, zwar nicht eine Infektion vermeiden, wohl aber in den allermeisten Fällen schwere gesundheitliche Folgen vermeiden. Wären also alle Personen geimpft, wären 95 Prozent der Covid-Patienten nicht im Spital, und die Todesfälle wäre peripher. Das sind unbestreitbare Tatsachen.

Es ist und bleibt aber jedermanns Recht, auf eine Covid-Impfung zu verzichten. Stand heute gibt es in der Schweiz keine rechtliche Handhabe, um eine Impfpflicht einzuführen. Aber wenn es noch länger so weitergeht wie in den letzten zwei Wochen, bleibt dem Bundesrat wohl nichts Anderes übrig, als früher oder später zumindest faktisch zu einer Impfpflicht überzugehen. Wer heute auf eine Impfung verzichtet, trifft also eigenverantwortlich einen Entscheid für sich und nimmt mitunter den eigenen Tod in Kauf. Das ist sein gutes Recht.

Allerdings trifft er mit diesem Entscheid nicht nur einen Entscheid für sich selber. Deshalb gilt es eben auch, die Nebenwirkungen dieses vermeintlich eigenverantwortlichen Entscheids als gewichtige Einwände vorzubringen. Denn die Impfgegnerinnen und Impfskeptiker nehmen mit ihrem nicht verantwortungsvollen Verhalten auch die Schädigung von anderen Personen in Kauf, die Schädigung der Gesellschaft und des Staats. Seien wir uns bewusst: Es sind Milliardenschäden in der Wirtschaft, Milliarden von staatlichen Zusatzkosten, psychische Probleme von tausenden vor allem junger Leute und die Infragestellung der Funktionsfähigkeit unseres ansonsten vorzüglichen Gesundheitssystems.

Wer also soll diese Kosten übernehmen? Wer also soll diese Schäden miterleiden? Wer eigenverantwortlich einen Entscheid entgegen jeglicher wissenschaftlicher Evidenz fällt, sollte konsequent sein. Es ist knallhart, aber wahr. Man sollte dann eben auch auf eine Intensivversorgung verzichten und die Gesundheitskosten und Zusatzkosten selber tragen.

Was erwarten Sie jetzt bitte vom Regierungsrat, notabene eine Woche, nach dem wir in diesem Rat einen 50-Millionen-Kredit für zusätzliche Massnahmen im Jahr 2022 gesprochen haben? Soll er den bundesrätlichen Vorgaben widersprechen? Soll er jegliche wissenschaftliche Evidenz weglassen und andere Empfehlungen aussprechen? Oder soll er mit der eigenen Impfkampagnen aufhören? Der Regierungsrat kann auch wenig Einfluss auf Benachteiligungen von Nichtgeimpften durch Private nehmen. Sie wissen alle, dass Fluggesellschaften nach der Einführung von 2G Nichtgeimpfte nicht mehr befördern oder Arbeitgeber sie ins Homeoffice entlassen dürfen. Selbst in der Schweizer Armee gab es Entlassungen von nicht geimpften Mitarbeitenden.

Dieser Vorstoss ist irgendwie aus der Zeit gefallen. Die Forderungen sind in einem demokratischen Rechtsstaat zwar grundsätzlich legitim, wirken aber angesichts der fundamentalen Krise, die niemand negieren kann, unverständlich. Wenn wir vergleichen, mit welchen Massnahmen wir in der Schweiz, anders als in Deutschland, Österreich oder anderswo, konfrontiert sind, verstehe ich überhaupt nicht, wieso man sich so gegen moderate Einschränkungen wehren kann, wie es ein Teil unserer Bevölkerung macht. Wir sind doch eigentlich eine aufgeklärte Gesellschaft, könnte man meinen. Lassen wir also Vernunft walten. Beenden wir diese Krise, indem wir uns impfen lassen, ganz einfach, und zwar jetzt.

Würde man die Armee und den Zivilschutz aufbieten, wäre es in vier Wochen gemacht. Das Problem wäre weitflächig gelöst, wir hätten unsere Freiheit wieder, wir könnten Milliarden sparen und ganz viel Leid verhindern. Kurzum, Freiheit setzt eben auch immer Verantwortung voraus. Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch Verantwortung für die Allgemeinheit.

Anstatt einseitig Forderungen zu stellen, scheint es mir richtig, in der jetzigen Situation etwas Demut walten zu lassen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu leben. Mit einer formell rechtlichen Impfpflicht lösen wir dieses Problem in der Schweiz bekanntlich nicht. Impfen ist aber eine Bürgerpflicht, ein Akt der Selbstverantwortung mündiger Bürgerinnen und Bürger. (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) Deshalb lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss ab. Sollte er angenommen werden, votiert die FDP für die gleichzeitige Abschreibung.

Vizepräsident. Ich schliesse die Liste nach der nächsten Rednerin.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. Une partie du titre de cette motion pourrait partiellement nous convaincre : responsabilité personnelle, pas d'obligation de se vacciner – jusque-là, ça va. Mais : totale liberté. Peut-être que Robinson Crusoe connaissait cela, la liberté totale, mais nous vivons en société... On dit souvent que sa liberté s'arrête là où commence celle des autres. La liberté totale n'existe pas, ou plus, en tout cas. Où est passé la collectivité ? C'est certainement un élément clé. Une référence au sport a été faite ce matin ; là, on parlait de jouer collectif, ici se serait de penser collectif.

Dans l'intitulé, on lit aussi que, personne dans le canton, ne soit désavantagé du fait de son refus de se faire vacciner. « Désavantagé », ça veut dire quoi ? Que les autres sont avantagés ? Je suis vaccinée comme beaucoup de membres de ma famille, j'ai fait un choix, mais ne me sens pas pour autant avantagée.

Le COVID-19 a bouleversé nos vies et ça continue : on porte un masque, on restreint nos fêtes de famille, même pour fêter les 20 ans de quelqu'un. Je me suis vaccinée pour la collectivité. Ne devrait-on pas se dire que chacun fait au mieux, au moment donné, avec les infos qu'il possède ? Et le refus de se faire vacciner ? Mais c'est un choix qui implique une certaine responsabilité. Je suis aujourd'hui contre l'obligation de la vaccination. Différentes pistes nous sont données, alors que chacun choisisse sa voie, mais qu'il ne vienne pas demander des comptes. Est-il insupportable pour l'humain de penser à autrui ?, de réaliser que nous ne contrôlons pas tout ? Une grande majorité des Verts refusera la motion.

Belinda Nazan Walpoth, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Die Motion fordert vom Regierungsrat eine hundertprozentige Freiwilligkeit und Eigenverantwortung bei der Covid-Impfung. Der Entscheid zur Impfung bei Covid-19 betrifft nicht nur die eigene Gesundheit. Das ist wohl unbestritten. Es stimmt, dass der Druck auf die Ungeimpften grösser wird, und das wird mit der Zeit noch zunehmen. Allerdings bin ich, wie der Regierungsrat auch, der Meinung, dass die bisherigen Massnahmen relativ moderat waren. Noch vor einigen Wochen schien eine Impfpflicht in den westlichen Demokratien undenkbar. Nun gibt es in Österreich und vielleicht bald auch in Deutschland eine Impfpflicht.

Für eine allgemeine Impfpflicht besteht derzeit bei uns keine gesetzliche Grundlage. Es gilt nach wie vor der Grundsatz, dass die Impfung ein individueller Entscheid sein soll, der aufgrund guter Informationen gefällt wird. Das Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) sieht vor, dass die Kantone Impfungen fördern. Der Kanton kann Impfungen bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen, bei besonders exponierten Personen und bei Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären.

Derweil füllen sich überall in der Schweiz alle Spitäler und Intensivstation. Meine Kollegen und Kolleginnen, die auf diesen Stationen arbeiten, sind wirklich am Anschlag. Wenn ich Dienst habe, sehe ich Covid-Patienten mehr und mehr auf unseren normalen Stationen. Diese Woche sprach ein langjähriger Kollege, Prof. Stephan Jakob, Chefarzt der Intensivstation des Inselspitals, von einem Albtraum. Er sprach auch davon, dass es dort nur Ungeimpfte gebe und die wenigen, die geimpft seien, Immunsupprimierte seien. Das gleiche sagte auch Prof. Hansjakob Furrer, Chefarzt der Infektiologie. Er sagte, es sei sehr schwer zu ertragen, wenn er schwangere Frauen auf Intensivstationen sehe.

Für uns Ärzte ist die beste Medizin diejenige, welche die Krankheit verhindert. In vielen Fällen hätte man das doch verhindern können. Das tut sehr weh und ist traurig. Es ist zudem bekannt, dass es bei Überbelastung des Gesundheitssystems zu möglichen Triagen kommen kann. Hoffen wir, dass es in diesem Kanton nicht dazu kommt.

Die in der Schweiz zugelassenen Impfstoffe sind sehr wirksam und bringen einen sehr hohen Schutz. Das Risiko, ernsthafte Komplikationen bei einer Erkrankung mit dem Corona-Virus zu bekommen, ist um ein Vielfaches höher als die Wahrscheinlichkeit schwerer Nebenwirkungen der Impfung. Das wissen wir inzwischen. Das Corona-Virus ist die Gefahr, nicht die Impfung. Die Impfung schützt zwar nicht zu 100 Prozent. Mit steigender Impfquote wird es auch unter den Erkrankten anteilmässig immer mehr Geimpfte geben. Wir wissen ja, dass es nicht 100 Prozent sind. Es gilt aber

trotzdem, dass sich alle Impffähigen in der Bevölkerung impfen und auch boostern lassen sollen, wenn die Zeit kommt.

Wir klären im Kanton tagtäglich in verschiedenen Sprachen freiwillig auf. Auch ich helfe aktiv mit, da ich es als Medizinerin als meine ethische Pflicht ansehe. Aufklärung ist sehr wichtig. Eine Impfung hilft in der Akutphase nicht schnell genug. Wenn Sie heute impfen, sehen Sie den Erfolg erst in sechs Wochen. Deshalb ist es wichtig, sämtliche anderen Massnahmen in Kombination maximal auszuschöpfen.

2G oder 2G+, also inklusive Test und Maske, werden wohl die ersten auszuschöpfenden Massnahmen sein. Wir alle wollen doch keinen Lockdown oder Shutdown haben. Das wollen wir verhindern. Auch wenn für alle, geimpft oder ungeimpft, das Ganze sehr unbequem ist, müssen wir gemeinsam verschiedene Massnahmen tragen. Es gibt keine einzige hundertprozentige, tolle Massnahme, die perfekt ist.

Wir dürfen aber auch nicht wieder rasch lockern, sobald die Fallzahlen sinken. Solange der Virus nicht endemisch ist, kommt es sonst immer wieder zu neuen Wellen, die uns an unsere Grenzen bringen. Der Kampf mit dem Virus ist ein gemeinsamer Kampf. Wir müssen über alles diskutieren können, auch über eine Impfpflicht. Wichtig ist, wie wir miteinander kommunizieren. (*Der Vizepräsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'oratrice de conclure.*) Die Spaltung der Gesellschaft bringt uns nichts. Wir haben nur eine Gesellschaft und kommen nur solidarisch und gemeinsam aus der Pandemie. Lassen Sie sich impfen, bevor es zu spät ist. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt diesen Vorstoss deswegen geschlossen ab.

Marc Tobler, Moutier (UDC), porte-parole de groupe. Durant cette pandémie, tout le monde se voudrait un peu spécialiste. Mais voilà, chacun en a aussi un peu marre, vacciné ou pas. A chacun de savoir comment il veut vivre.

Donc, pour faire court : le groupe UDC soutient à une grande majorité la position du gouvernement. En cas de non-classement il refuse la motion également, en grande majorité.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Fraktionssprecher. In Zusammenhang mit der Pandemie, den Massnahmen dagegen und der Impfung wird von Gegnern und Skeptiker immer wieder das Wort Diskriminierung in den Mund genommen. Der Motionär, der hochintelligent ist, hat es sehr geschickt vermieden. Explizit hat er dieses Wort nicht gebraucht, aber implizit mit jedem Ersatz, wie etwa unter Druck setzen oder in eine Ecke drängen, eben trotzdem. Leider verlüdert die Sprache immer mehr. Man braucht sie nur noch für Schlagwörter und um in der Gegend herumzuzwitschern. Dabei wäre die Sprache ein chirurgisches Instrument, quasi Salzsäure in einer Kristallkaraffe.

Kritik zu formulieren ist gut, aber man sollte es korrekt machen. Eine Diskriminierung ist eine Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen oder einzelnen Personen aufgrund bestimmter Wertvorstellungen, unreflektierter oder unbewusster Einstellungen, von Vorurteilen oder emotionalen Assoziationen. Wenn man jetzt also fordern würde, dass übergewichtige Personen nicht mehr im Grossen Rat Einsitz nehmen dürfen, weil dicke Personen bekanntlich dumm seien, würde es nicht nur wortwörtlich die Reihen lichten, es wäre auch eine klare Diskriminierung. Denn dieses Vorurteil selbst ist eben noch dümmer.

Wenn hingegen Personen wegen einer fehlenden Impfung gewisse Orte nicht mehr aufsuchen können oder auch an gewissen Handlungen gehindert werden, ist das nicht eine Diskriminierung, sondern eine legale Ungleichbehandlung. Eine legale Ungleichbehandlung, wie man das sonst auch kennt. Man versucht mit diesen Massnahmen nämlich Personen zu schützen, die sonst gefährdet wären. Es ist heute völlig normal, dass Raucher hinausgehen, wenn sie ihrer Sucht frönen wollen. Sie dürfen das nicht mehr im Restaurant tun. Sie dürfen es nicht mehr in den Zügen, nicht mehr im Flugzeug oder ganz einfach nicht mehr in öffentlich zugänglichen Räumen tun. Weshalb? Weil man andere vor dem schädlichen Passivrauchen schützen will. Eigenverantwortlich würden viele Raucher es nämlich nicht tun. Noch einmal: Das ist keine Diskriminierung, sondern eine legale Ungleichbehandlung.

Kommen wir also zum anderen epidemisch gebrauchten Begriff Eigenverantwortung. Erstens wird Eigenverantwortung heute häufig mit Egoismus verwechselt. Eigenverantwortung heisst nicht, dass

man machen kann, was man will. Eigenverantwortung heisst, dass man Verantwortung für das eigene Handeln übernimmt. Das beinhaltet auch die Konsequenzen, die das eigene Handeln auslöst, und in gewissen Situationen bedeutet es eben auch, dass man vielleicht Sanktionen in Kauf nehmen muss. Wenn also jemand auf die Impfung verzichtet, gehört es zur Eigenverantwortung, dass man auch die Sanktionen akzeptiert, die in einem solchen Fall vorgesehen sind. Man kann nun einmal nicht den Fünfer, das Weggli und auch noch gleich den Kuss des Bäckers oder der Bäckerin haben.

Eigenverantwortung ist immer an Fremdverantwortung gekoppelt. Oder würden Sie es jemandem durchgehen lassen, wenn er mit einem Hunderter an einem Kindergarten vorbeifährt und sich dann auf die Eigenverantwortung beruft? Wohl kaum. Der Begriff eigenverantwortlich wird genauso vielfältig gebraucht und manchmal vielleicht sogar missbraucht wie der Begriff Freiheit. Aus diesen Gründen nehmen wir von der glp uns in aller Eigenverantwortung die Freiheit, diesen Vorstoss abzulehnen. Sollte er angenommen werden, muss man ihn auf alle Fälle abschreiben.

André Roggli, Rüscheegg Heubach (Die Mitte), Einzelsprecher. Es ist ein sehr emotionales Thema. Es bereitet mir auch Mühe mich dazu zu äussern, und trotzdem möchte ich ein paar Worte sagen. Ich lade Sie ein, einmal ein Röhrchen in die Hand zu nehmen. Stecken Sie es in den Mund, verschliessen Sie die Nase und versuchen Sie während zehn Minuten durch dieses Röhrchen zu atmen. Erleben Sie das Gefühl, wie es ist, wenn man eine eingeschränkte Atmung hat. Covid-Patientinnen und -patienten haben das über mehrere Wochen, wenn sie eine schwere Form haben, aber das Gefühl ist bei ihnen zehn-, zwanzig- oder fünfzigmal stärker. Saugen Sie dieses Gefühl einmal ein, bevor Sie Entscheide fällen und über solche Themen sprechen.

In meinem nächsten Umfeld habe ich immer wieder mit Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern oder mit Personen auf der IPS zu tun. Meine Partnerin ist Lungenärztin und Lungenspezialistin. Wenn diese Personen Ihnen erzählen, dass Patientinnen und Patienten über Wochen in der Bauchlage sind, mit weit aufgerissenen Augen, weil sie Todesängste ausstehen, ist das eine Belastung für das Pflegepersonal und für die Berufsleute, die es mitansehen müssen. Es ist aber auch eine Belastung für die Personen, die in Bauchlage liegen.

Noch schlimmer wird es, wenn man den Personen in Bauchlage irgendwann sagen muss: «Es tut uns leid, aber rufen Sie bitte Ihre Lieben an, damit sie Sie besuchen kommen. Denn wir müssen Sie intubieren, und die Wahrscheinlichkeit, dass Sie zurückkommen, beträgt 50 Prozent.» Wissen Sie, welche Belastung das für die Menschen ist, die in diesem Job arbeiten? Sie haben diesen Job nicht gewählt, weil sie das tagtäglich jemandem mitteilen wollen. Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter, die Menschen abholen, die schwerste Symptome haben, hören immer wieder, wenn sie fragen: «Sind Sie geimpft?», «Nein, ich weigere mich, mich zu impfen.» Vielen Dank, dass wir diese Personen so belasten.

Es wurde auch erwähnt, wir hätten wenig Erfahrung, und man wisse nicht, was mit diesen Impfstoffen geschehe. Man hat sehr wohl viel Erfahrung mit den RNA-Therapien. Es gibt sie beispielsweise in der Lebertherapie schon über zwanzig Jahre, sogar fast fünfundzwanzig Jahre. Es sind ausserordentlich erfolgreiche Therapieformen. Man hat nichts Neues entwickelt. Sonst wäre es auch gar nicht möglich gewesen, so etwas zu entwickeln. Die Risiken von Nebenwirkungen wurden erwähnt. Sie sind verglichen mit einer Covid-Erkrankung marginal. Mit Covid habe ich plötzlich echte Gerinnungsstörungen und eine echte Herzbeutelentzündung.

Also noch einmal: Überlegen Sie es sich. Versuchen Sie einmal, zehn Minuten mit einer Klammer auf der Nase durch ein Röhrchen zu atmen. Versuchen Sie das Gefühl einzusaugen, wie sich das anfühlen könnte, und entscheiden Sie dann. Aus meiner Sicht ist diese Motion eindeutig abzulehnen. Wenn sie angenommen wird: Unbedingt abschreiben.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Einzelsprecher. Ich finde, in der Politik ist es immer etwas vom Wichtigsten, dass man eine Wirkung erzielt, vor allem, wenn man erfolgreich sein will, und ich gehe jetzt einmal davon aus, dass wir erfolgreich sein wollen. Eine Wirkung erzielt man in unserem System, das zum Glück noch mehrheitlich freiheitlich ist, nicht so schnell durch Zwang und einen starken Staat, sondern die intrinsische Motivation ist sehr wichtig. Nachdem ich diese Diskus-

sion verfolgt habe, muss ich schon sagen, dass es natürlich verlockend ist, sich so aufzuführen und zu sagen: «Jetzt macht endlich einmal. Diese Bösen, die es nicht einsehen, sind schlimm, und überhaupt!» Aber letztendlich ist wichtig, dass wir eine Wirkung erzielen. Ich muss Ihnen einfach sagen, dass wir wohl schon auf dem Holzweg sind, zumindest zum Teil, wenn man die Leute mit dem Vorschlaghammer zwingen will und sie als blöd hinstellt.

Nachdem ich heute diese Voten gehört habe, nenne ich nun doch noch zwei, drei Beispiele. Jetzt ist schon von 2G die Rede. Ich war heute vor einer Woche an einer Veranstaltung und sass neben jemandem, der geboostert war. Der hatte am Samstag Corona. Wenn schon, müsste man konsequenterweise 2G+ machen. Ich höre praktisch jeden Tag von Impfdurchbrüchen. Das wurde auch nicht ohne Grund zum Deutschschweizer Wort des Jahres gewählt. Das gibt es einfach, werte Kolleginnen und Kollegen. Es kann sein, dass es vielleicht etwas weniger schlimm ist. Aber es ist eine Tatsache: Für das Weiterverschleppen der Seuche sind die, die sich nicht testen lassen, sich in falscher Sicherheit wiegen und es dann weitertragen, im Moment schlimmer als die, die sich wegen Anlässen testen lassen.

Selbstverständlich sind diese Zustände nicht gut. Aber es stellen sich für mich trotzdem Fragen. Der Bundesrat hat ein schönes Raster gestellt. Vier Kriterien werden überwacht: Spitaleintritte, IPS-Belegungen, die Vierzehntageinzidenz und der R-Wert. Anhand dessen werden Massnahmen ergriffen. Selbstverständlich ist die Vierzehntageinzidenz mit 1336 deutlich über dem Zielwert von 600, der R-Wert ebenfalls. Aber die Spitaleintritte und die IPS-Belegungen sind noch immer darunter.

Jetzt komme ich doch noch zu Kollegin Walpoth. Ich finde es überhaupt nicht lustig für die Personen, die auf der IPS arbeiten. Es ist ein Stressjob. Aber wenn die Insel wegen vier Covid-Patienten von achtundzwanzig angeblich am Anschlag ist, verstehe ich das auch nicht mehr. Dazu möchte ich vielleicht ein Statement unseres Gesundheitsdirektors hören. Wenn ich diese Zahlen nämlich wirklich objektiv anschau und mit denen von vor einem Jahr vergleiche, sind sie einfach nicht ganz am selben Ort.

Aber ich will nicht mehr länger in die Details gehen. Mein Anliegen ist einfach: Überlegen Sie sich, ob eine Debatte oder ein Diskurs etwas bringt, bei dem man die Menschen zwingen will, sie an den Rand stellt und quasi ein wenig als blöd hinstellt. Oder ist es eben nicht besser ...? Gerade Sie sprechen immer von inkludieren und einschliessen, davon, möglichst niemanden aus der Schule auszuschliessen. Übrigens habe ich das Gefühl, es seien nicht wenige Sympathisanten von Rot-Grün, die das etwas anders sehen. (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) Deshalb bitte ich Sie sehr, das anzunehmen. Die Abschreibung ist eine andere Frage. Aber doch sicher nicht ablehnen! Merci, ich habe geschlossen.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Voilà bientôt deux ans que nous nous battons contre cette pandémie. Mes équipes s'engagent quasiment jour et nuit, presque sept jours par semaine pour essayer d'offrir les meilleures prestations possibles. Nous sommes passés par différentes étapes dans cette pandémie. Nous avons l'incertitude par rapport à ce virus, l'incertitude de savoir si nous avons les bonnes réponses. Et aujourd'hui, nous vivons également avec une incertitude qui est cette division de la société qui nous préoccupe énormément et qui me préoccupe tout particulièrement.

Je suis personnellement, c'est à titre personnel – ce n'est pas une décision du gouvernement – opposé à une obligation vaccinale. J'estime que cette décision doit pouvoir être prise par tout un chacun, mais je pense que l'Etat doit s'engager pour faire passer les bons messages. Aujourd'hui, je constate que ces bons messages n'ont pas pu être passer partout où nous aurions dû les faire passer. Et force est de reconnaître, à ce niveau-là, l'échec de l'Etat dans la transmission de ces messages. Raison pour laquelle nous continuons de nous engager avec beaucoup, beaucoup de force et d'énergie pour que cette campagne de vaccination puisse continuer et que nous puissions encore aujourd'hui atteindre des personnes qui n'ont pas été atteintes.

Je suis tout à fait d'accord que nous n'avons pas à désavantager les uns par rapport aux autres. Mais là où commence l'avantage de l'un, commence aussi le désavantage d'un autre. Permettez-

moi quand même d'en citer deux ou trois. Soyons tout à fait clairs : le fait de ne pas être vacciné est un clair désavantage pour la personne qui a fait ce choix. La probabilité qu'elle tombe malade, qu'elle développe une maladie grave, voire même qu'elle décède est nettement plus élevée que pour les vaccinés. Le fait d'avoir fait le choix de ne pas se vacciner augmente *nettement* les probabilités de contaminer un proche, un collègue de travail, des amis, et ça pendant beaucoup plus de jours qu'une personne qui est vaccinée. Oui, le vaccin protège peut-être moins que nous pensions au départ, mais ce vaccin reste un excellent vaccin qui protège fort bien et qui réduit les risques d'une évolution grave de la maladie, de décès, et les risques de transmission.

Je veux bien que l'on ne pénalise pas les personnes qui ont fait un choix par rapport aux autres. Mais les personnes qui ont fait le choix de ne pas se vacciner prennent un risque qui, si je ne me trompe pas et que j'ai le bon chiffre en tête, est neuf fois plus élevé pour eux d'avoir besoin d'un lit de soins intensifs qu'une personne vaccinée.

Il faut savoir que le lit occupé par une personne malade du COVID-19 aux soins intensifs représente 12 personnes, *12 personnes !*, qui sont en attente d'une opération cardiaque et qui doivent la repousser à cause de cette occupation.

Mesdames et Messieurs, où est l'avantage et où est le désavantage ? Je ne veux pas parler ici d'obligation vaccinale, je n'y tiens pas. Mais que chacun, en son âme et conscience, réfléchisse durant cinq minutes : est-ce que je veux priver, 12 personnes, 12, d'une opération cardiaque nécessaire ? Ce n'est pas la pose d'un stent qui nécessite une arrivée aux soins intensifs. Ce sont des opérations où il s'agit d'une question de vie ou de mort pour certains de ces patients. Est-ce qu'on veut les priver d'une opération pour que moi, avec mon choix de ne pas me faire vacciner, puisse bénéficier d'un lit de soins intensifs ?

Je crois que si chacun en son âme et conscience réfléchit à sa décision, eh bien, les gens prendront la bonne décision et la mettront en œuvre.

Mesdames et Messieurs, c'est la raison pour laquelle, même si je peux comprendre que certains seraient pour un rejet de cette motion, d'autres pour une adoption sans classement, je vous invite à suivre le gouvernement.

Vizepräsident. Wir kommen zu den Abstimmungen. Die Abschreibung ist bestritten. Wer dieser Motion zustimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.287

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	29
Nein / Non	118
Enthalten / Abstentions	2

Vizepräsident. Sie haben diese Motion abgelehnt. Damit erübrigt sich die Abschreibung. Ich wünsche dem Gesundheitsdirektor weiterhin viel Ausdauer, viele gute Entscheide in dieser Pandemie und eine schöne zweite Hälfte des Nachmittags.

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz. Kurze Unterbrechung. / Le président reprend la direction des délibérations. Brève interruption.